

Schröder handelt in Europas Interesse

Deutschlands Ostpolitik hat sich in der Ukraine-Krise bewährt

von Alexander Rahr

Die deutsche Ostpolitik hat sich in der Krise um die ukrainische Präsidentschaftswahl in mehrfacher Hinsicht bewährt. Bundeskanzler Gerhard Schröder ließ seine Beziehungen zu Präsident Wladimir Putin spielen, um Russland, das die Intervention des Westens zugunsten Viktor Juschtschenkos als gegen Moskau gerichtet sah, aus der konfrontativen Haltung herauszuholen.

Gleichzeitig leistete Deutschland einen wichtigen Beitrag zum Durchbruch der gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik in Osteuropa. Berlin schloss sich mit Warschau kurz und vereinbarte eine Arbeitsteilung: Während Schröder Russland für eine einvernehmliche Lösung gewinnen konnte, nutzte der polnische Präsident Alexander Kwasniewski seine Drähte zu den wichtigen ukrainischen Protagonisten, um alle Kontrahenten an den Verhandlungstisch zu bringen. In der Ukraine konnten so ein Bürgerkrieg, ein Zerfall des Landes und die Rückkehr zum Ost-West-Konflikt verhindert werden.

In der Ukraine-Krise redete nicht nur Europa endlich wieder mit einer Stimme, sondern die USA und die EU zogen am gleichen Strang. Berlin demonstrierte den Amerikanern und den neuen EU-Mitgliedsländern, die Schröders Beziehungen zu Putin immer mit Skepsis betrachtet hatten, dass Deutschland im Gesamtinteresse Europas handelt.

Auf diese Weise hat Schröder seine Russland-Politik gerettet. Angesichts der sich verfestigenden autoritären Tendenzen in Russland war der Kanzler mit seiner Pro-Putin-Haltung im In- und Ausland in Isolation geraten. Dabei ist seine Russland-Strategie die richtige. Russland fühlt sich durch die westliche Dauerkritik, die NATO- und EU-Erweiterung sowie den verstärkten westlichen Demokratietransfer in das russische „nahe Ausland“ aus Europa herausgedrängt. Die Schröder'sche Russland-Politik, die übrigens in der außenpolitischen Tradition Helmut Kohls steht, vermittelt Russland – stärker als die EU dies zu tun vermag – das Gefühl, dass Europa keine Hegemonialabsichten auf postsowjetischem Raum hegt, sondern eine Anbindung Russlands und anderer GUS-Staaten an das demokratische Europa wünscht. Schröder führt mit Russland keine pastorale Wertedebatte, die Russland als Lehrmeisterei auffassen würde, sondern zielt auf eine pragmatische Interessensgemeinschaft ab. Die eurasische Großmacht muss in ein gesamteuropäisches Modell eingebunden werden. Nur ein partnerschaftliches Russland verleiht Europa im Osten dieselbe Stabilität wie die von den USA garantierte Sicherheit im Westen.

Schröder möchte deutschen Energiekonzernen die Türen zum riesigen russischen Markt öffnen und ihnen in der Post-Jukos-Ära lukrative Investitionsprojekte vermitteln. Im Gegenzug sollen russische Energielieferungen nach Deutschland verdoppelt werden. Deutschland könnte zum Hauptverteiler des russischen Gases in der EU werden. Länder wie die Ukraine werden als Transitländer in der Energieallianz fungieren. Mehr denn je benötigt Schröder für seine Russland-Politik die Unterstützung der Wirtschaft, die Ankopplung Russlands soll durch Investitionen gelingen.

Das deutsch-russische Verhältnis geht natürlich über die Energieallianz weit hinaus. In Visa-Fragen, bei Friedensmissionen (Balkan und Afghanistan), militärtechnischen – und bald auch Bildungsprojekten arbeitet Russland enger mit Deutschland zusammen als mit der EU.

ALEXANDER RAHR,
geb. 1959, ist
Programmdirektor der
Körber-Arbeitsstelle
Russland/GUS im
Forschungsinstitut der
DGAP in Berlin.



Schröder verfolgt eine kurzsichtige Strategie

Die Anbiederung an Moskau führt zu Misstrauen gegenüber Deutschland

von Beate Neuss

Bundeskanzler Gerhard Schröder hat ausgezeichnete Beziehungen zu Präsident Wladimir Putin. Beide, Schröder wie Putin, sind eher Taktiker als Strategen – vielleicht ist das ihre gemeinsame Basis. Aber liegt nicht gerade hier das Problem? Russland ist ein bedeutender Akteur in der internationalen Politik; Deutschland hat Wirtschaftsinteressen im wachsenden russischen Markt, braucht einen sicheren Energielieferanten und strebt einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat an. Daher Schröders beschönigende Äußerungen über den Zustand von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Russland und über das Desaster in Tschetschenien. Wer im Dialog mit Russland westliche Werte verleugnet und Putins neo-imperiale Attitüden im „nahen Ausland“ ignoriert, sichert gerade nicht die langfristigen deutschen Interessen.

Polen und die baltischen Länder, unsere Nachbarn und Partner in der EU, reagieren zu Recht besorgt auf die russische Einmischung in Georgien, Moldawien, Weißrussland und in der Ukraine. Dreiergipfel von Paris, Berlin und Moskau erhöhen die Unsicherheit und das Misstrauen gegenüber Deutschland. Wenn Regierungsaussagen den Eindruck erwecken, die Übertragung des „System Putin“ im „nahen Ausland“ sei aus deutscher Sicht akzeptabel, führt dies zu zusätzlichen Irritationen in der EU und in Washington. Der Bundeskanzler gab Moskau erst *nach* den gefälschten Wahlen in der Ukraine – und auch dann nur zögerlich – zu verstehen, dass Deutschland die demokratische Entwicklung eines souveränen Landes respektiert und dies auch von anderen erwartet. Das war in zweifacher Hinsicht ein Fehler: Berlins Partner waren befremdet, Präsident Putin blieb der Gesichtsverlust am Ende doch nicht erspart.

Nur wenn Russlands Wirtschaft floriert, kann auch die deutsche Wirtschaft langfristig profitieren. Das Vorgehen gegen Jukos und VimpelCom, das Aushebeln des Rechtsstaats, die zunehmende Monopolisierung des Energiesektors und der Großindustrie durch den Staat oder ehemalige KGB-Offiziere hat mit einer Transformationsstrategie nichts zu tun. Es führt in alte Zeiten zurück. Eine dynamische Wirtschaft ist ohne Rechtsstaat und Wettbewerb nicht erreichbar. Die Amputation demokratischer Rechte verhindert Modernisierung. Staatliche Kontrolle von TV-Anstalten, Beschränkung der Medienfreiheit, Eingriffe in Grundfreiheiten und Kontrolle von NGOs dienen nicht der Stabilisierung des Landes. Sie berauben das Land sämtlicher Korrekturmechanismen, die Fehlentwicklungen anzeigen können. Russlands altes Leiden, die Korruption, ist daher wieder akut. Eine Decke wohlwollender Nachlässigkeit über diese Entwicklung zu legen, mag zu einer Scheinstabilisierung führen – mittel- und langfristig wird Russland erneut vor einer Krise stehen.

Schröder verfolgt eine kurzsichtige Politik. Die öffentliche Anbiederung an Moskau dient mittel- und langfristig weder deutschen noch europäischen noch russischen Interessen. Sie bestärkt Russland auf einem falschen Weg.



Prof. Dr. BEATE NEUSS, geb. 1953, lehrt Internationale Politik an der TU Chemnitz und ist stellvertretende Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Was tun? Die Russen reagieren empfindlich auf Kritik, sie sind zunehmend nationalistisch und antiwestlich eingestellt. Dennoch ist es gerade für die russische Diskussion notwendig, den deutschen Standpunkt auch öffentlich zu bekunden. Dies ist möglich, gerade weil die Beziehungen so eng sind.